trend ONLINEZEITUNG
Hintergründe & Gegenstandpunkte

www.trend.infopartisan.net Nr. 2 - November 2005 DRUCKAUSGABE

Klassenkämpfe im Neo-Imperialismus

Vom 11. bis 13. November 2005 findet in Berlin der internationale Kongress „Kapitalismus reloaded" mit rund 70 ReferentInnen statt. In der Selbstdarstellung heißt es: *„Die Konferenz wird die linken Debatten um Konzepte wie Imperialismus, Empire, Hegemonie und Neoliberalismus miteinander ins Gespräch bringen und anhand dessen Kampflinien und Möglichkeiten des Eingreifens deutlich machen.*" Dieses Veranstaltungskonzept ist hauptseitig auf die Publikationsbedürfnisse linker Promis abgestellt und weniger auf die Frage der Entfaltung einer revolutionären Praxis, die sich auf die tatsächlich laufenden Klassenkämpfe unter den Bedingungen des Neo-Imperialismus bezieht.
Wir haben uns daher entschieden – nach der erfolgreichen ersten trend-Print-Ausgabe im Mai 2005 – eine zweite Druckausgabe aufzulegen. Sie wird die Themen als Leseauszüge anschneiden und auf Positionen verweisen, die auf diesem Kongress zuwenig oder gar nicht behandelt werden.

Red. TREND im November 2005
Die Redaktion ist erreichbar über
trend@infopartisan.net

www.trend.infopartisan.net/trd1005/t201005.html **Leseauszug**

Optimistinnen für einen neuen Antiimperialismus (OpA)

Gegen den Krieg nach innen und nach außen

Was hat Hartz IV mit dem Irak-Krieg zu tun und warum es sich lohnt, doch wieder "Imperialismus" zu sagen...

...Sozialabbau, Hartz IV, Gesundheits- und Rentenreform, Studiengebühren, nicht zu vergessen die Aufrüstung der Repressionsapparate und -Instrumente im Namen einer sog. Sicherheit... es ist kaum hinterherzukommen mit dem Protestieren gegen das, was der Bundesregierung, was Schröder, Fischer, Schily & Co und demnächst dann Merkel und ihren Scherginnen so alles einfallt und was sie tatkräftig umsetzen. Und dennoch: Es gab und gibt in geringerem Ausmaß auch heute recht stetige, sich phasenweise vergrößernde Proteste gegen die systematische Verschlechterung der Lebensbedingungen von oben, wenn auch bisher mit wenig konkreten Erfolgen. Sogar die radikale Linke hat für sich wieder die „soziale Frage" entdeckt und mischt fleißig mit, demnächst hoffentlich auch

Fortsetzung Seite 3

www.kapitalismus-reloaded.de

Keine Suche nach dem Kommunismus des 21.Jahrhunderts

Kritische Anmerkungen zum Kongress von Peter Nowak

Die Blätter fallen von den Bäumen. Das ist alljährlich die Zeit der linken Konferenzen. Der Grund ist ziemlich einfach. Die diversen Stiftungen müssen vor Jahresende die Gelder, die noch übrig sind, ausgeben, um nicht weitere Kürzungen im nächsten Jahr zu erleiden.

Daher gibt es immer Mitte November hochkarätige Kongresse, auf denen sogenannte Koryphäen aus Deutschland und der Welt mehr oder weniger Schlaues sagen. Nach einigen Monaten kommt das Buch zum Kongress raus und nach ein oder zwei Jahren gibt es dann eben den neuen Kongress.

Vor zwei Jahren gab es in Frankfurt/Main den Kommunismuskongress, der nur wenig mit Kom-

Fortsetzung Seite 2

20. und 21. Januar 2006 im Berliner Mehringhof

10 Jahre trend onlinezeitung - Kommunismus was sonst!

Eröffnungsveranstaltung mit Roter Revue, als Abschluß eine Diskorunde „Die Linke rechts liegenlassen?" und dazwischen Gespräche, Filme, Bücher....

Keine Suche nach dem Kommunismus des 21.Jahrhunderts

Fortsetzung von Seite 1

munismus zu tun hatte. In diesem Jahr lädt ein breiter Kreis von Linksruck bis zu Kritik und Praxis zum Kongress „Kapitalismus Reloaded"ein. Der Untertitel „Imperialismus, Empire und Hegemonie" macht schon deutlich, dass es sich hierbei um eine ganz akademische Veranstaltung handeln wird. Frankfurt vor zwei Jahren lässt grüßen. Auf dem Kommunismuskongress war gerade mal Zeit für Verständnisfragen, für Diskussionen blieb nur in Ausnahmefällen Zeit.

Hinzu kommt noch der hohe Eintritt bei dem Berliner Kongress: 30 Euro. Auch 15 Euro sind für „Geringverdienende" nicht erschwinglich. Selbst die Ermäßigungen sind für viele Hartz IV-EmpfängerInnen keine Alternative. Davon abgesehen, muss wirklich auf einem linken Kongress die Einteilung in Erwerbslose, Studierende etc. durch das Vorzeigen von entsprechenden Dokumenten zur Norm werden? Gab es nicht auch aus dem Kreis der an der Konferenz beteiligten Gruppen öfter die Forderung nach „Alles für Alle – und zwar umsonst". Gab es nicht anlässlich der Maisteine 2004 die Aktion „Moma umsonst", wo gegen die hohen Eintrittspreise der Nobelausstellung protestiert wurde. Müsste man nicht jetzt auch eine Kampagne „Kapitalismuskritik umsonst" starten? Sage niemand, die ReferentInnen wären eben so teuer. Schließlich gehören zu den UnterstützerInnen die Rosa-Luxemburg- und Heinrich-Böll-Stiftung, die doch wohl für das nötige Geld sorgen sollen, wenn sie schon unter einer solchen Einladung stehen.

Diese Fragen sind nicht nur Nebensache sondern sie treffen den Kern eines - solchen Unternehmen. Welchen Zweck erfüllt es? Soll die akademische Mittelschicht mal wieder über die angesagten linken Diskurse debattieren oder gehen wir endlich an die Suche nach dem Kommunismus des 21. Jahrhunderts. Die aber ist ohne die vielen AktivistInnen vor Ort, die in den letzten Jahren für ein „Ende der Bescheidenheit" auf den Anti-Hartz-Demos eintraten, den Studierenden, die bei ihren Kämpfen eben mehr als nur den Erhalt von Bildungsprivilegien verteidigen wollen, die KriegsgegnerInnen, die eben nicht einen deutschen Weg gehen wollen, der Feministin, für die Frausein nicht schon Programm ist, die Flüchtlingsinitiative, die den kolonialen Wurzeln der europäischen Ausgrenzung nachspürt, nicht möglich.

Es geht dabei keineswegs darum, einem Proletkult und einer Intellektuellenfeindlichkeit das Wort zu reden. Wir brauchen für unsere Suche nach dem Kommunismus des 21. Jahrhunderts Intellektuelle, die mit den AktivistInnen materialistisch den Wandel der postfordistischen Arbeitsverhältnisse und die Konsequenzen für eine künftige kommunistische Praxis untersuchen. Gehört die Parteiform mit dem Rückgang der Bedeutung des Massenfabrikarbeiters der Geschichte an? Wie kann eine Solidarität der Lohnabhängigen in Zeiten aussehen, wo die Arbeitenden nicht mehr in einer großen Fabrik sondern oft in individualisierten Ich-AGs ihren Beschäftigungen nachgehen. Ist das viele Gerede von den Netzstrukturen des Widerstandes nicht eine allzu schematische Übernahme der Netzbeziehungen in der Produktionssphäre des postfordistischen Zeitalters? Ist die Parole „Kampf gegen die Arbeit" neben ihrer perspektivisch richtigen Stoßrichtung in Zeiten, in denen der Kapitalismus keine Vollbeschäftigung mehr erreichen kann, nicht auch systemstabilisierend?

Solche und andere Fragen sollten linke AktivistInnen und Intellektuelle zusammen beratschlagen. Dazu bedarf es aber keiner Frontalvorträge von linken Promis sondern eben der Debatte mit AktivistInnen. Es gab in den 80er Jahren unter dem Namen Volxuni alljährlich zu Pfingsten in Westberlin einen solchen Ansatz. Dort saßen wirklich gewerkschaftlerInnen, AktivistInnen sozialer Bewegungen mit linken Intellektuellen zusammen. Nach langen Versuchen diesen Kongress zu erneuern, scheint die Volxuni endgültig der Vergangenheit anzugehören. Der Argument-Kreis, der sie immer veranstaltete, gehört nun auch mit zum AufruferInnenkreis von „Kapitalismus Reloaded".

Vielleicht drücken solche Veranstaltungen das Dilemma der linken akademischen Mittelschicht aus, die sich schon mit den Verhältnissen arrangiert haben oder zumindest keine Möglichkeit der Veränderbarkeit sehen. Die Kongresse sind dann der alljährliche Beweis, dass man noch was mit linker Theorie zu tun hat. Es ist klar, dass der Weg zum Kommunismus des 21.Jahrhunderts ein langer Suchprozess ist, der nicht auf einen Kongress gefunden wird. Aber man muss sich wenigstens auf die Suche machen. Ob das bei „Kapitalismus Reloaded" der Fall ist, ist zumindest zweifelhaft.

Der Artikel wurde für die Printausgabe geschrieben und erscheint online in der Nr.11

Klassenkämpfe weltweit

Eine Auswahl aus den TREND-Ausgaben 2004/05

www.trend.infopartisan.net/trd0905/t310905.html

Polizeimassaker an streikenden Honda-ArbeiterInnen in Indien

Der Konflikt begann im Dezember 2004, als Manager einen Arbeiteraktivisten geschlagen und vier weitere ArbeiterInnen entlassen haben, die angeblich an den Gründungsversuchen einer Gewerkschaft im Betrieb beteiligt waren. Als offiziellen Grund der Kündigung gibt das Unternehmen ‚Disziplinlosigkeit im Betrieb' an. Die Unruhe im Betrieb steigerte sich in den folgenden Monaten und brach in offenen Konflikt aus, als die Unternehmensführung 57 weitere ArbeiterInnen feuerte, die sich solidarisch mit den vier KollegInnen gezeigt hatten. Mitte Juni 2005 traten fast alle ArbeiterInnen der Fabrik in Streik. Das Unternehmen reagierte Ende Juni mit der offiziellen Entlassung von 1.000 ArbeiterInnen und Aussperrung der Streikenden.

www.trend.infopartisan.net/trd1005/t121005.html

Schlag gegen britische Gewerkschaftslinke

Vom Medieninteresse am Jahreskongress der britischen Gewerkschaftsbundes TUC überschattet, hat die Führung der britischen Metallergewerkschaft Amicus in den letzten Tagen zum Schlag gegen bekannte Gewerkschaftslinke ausgeholt. Drei hauptamtliche Gewerkschaftsangestellte wurden fristlos und ohne Angabe von Gründen entlassen.

www.trend.infopartisan.net/trd1005/t161005.html

Wer nicht alles schlucken will... braucht trotzdem was zu beißen!

Die 30 Arbeiter von AUSSA, eines städtischen Abschleppunternehmens in Sevilla, befinden sich seit dem 16. Mai 2005 im Streik. Ihr Ziel ist es, die Wiedereinstellung von vier ihrer Kollegen zu erreichen, die aufgrund eines vorangegangenen Streiks von der Firmenleitung entlassen worden waren.

www.trend.infopartisan.net/trd0905/t150905.html

Arbeitskampf im Krankenhaus Garrahan, Buenos Aires

Im Krankenhaus von Garrahan in Buenos Aires kämpfen die ArbeiterInnen für einen angemessenen Lohn. Rund um den Kampf könnte sich eine neue Gewerkschaftslinke formieren, die mit der traditionellen Gewerkschaftspolitik des Ausverkaufs der Interessen der ArbeitnehmerInnen brechen will. Die Regierung will daher die MitarbeiterInnen des Krankenhauses unbedingt isolieren.

www.trend.infopartisan.net/trd0905/t220905.html

Polen: Heftige Proteste der Bergarbeiter im Vorfeld der Wahlen

Ende Juli entlud sich die Wut der Bergarbeiter in Warschau gewaltsam in Straßenschlachten mit Polizei und Sicherheitskräften. Die noch amtierende Regierung der "Demokratischen Linksallianz" (SLD) unter dem parteilosen Finanzexperten Marek Belka, hatte angekündigt, die Frühpensionierung von Bergarbeitern abzuschaffen. Nach bisherigem Recht hatte jeder Kumpel nach 25 Jahren geleisteter Arbeit unter Tage den vollen Rentenanspruch erworben.

www.trend.infopartisan.net/trd0805/t300805.html

Kosovo: Drenas-Arbeiter gegen die Firma Alferon

In einer Erklärung der örtlichen Metallarbeitergewerkschaft, vom 11. August, stellte der Sekretär Ferki Karaxha, fest: „ Kein Versprechen der Firma Alferon wird unsere Haltung ändern. Alles was die Firma sagt ist pure Demagogie. Wir wissen, dass die Firma in Mazedonien Produktionsanlagen erwarb und den dortigen Arbeitern einen guten Lohn versprach. In der Realität zahlen sie den dortigen Arbeitern zwischen 150 und 200 Euro. Das bescheidene Salär kommt meist unpünktlich und gewerkschaftliche Rechte akzeptiert Alferon nicht."

www.trend.infopartisan.net/trd0805/t120805.html

Argentinien: Instandbesetzte Fabriken

Die mehr als 470 ArbeiterInnen der instandbesetzten Kachelfabrik ZANON in Neuquén (Patagonien) haben einen Teilerfolg errungen in ihrem Kampf für eine Verstaatlichung ihrer Fabrik unter Beibehaltung der Arbeiterkontrolle.

weiter auf der letzten Seite

Gegen den Krieg nach innen und nach außen

Fortsetzung von Seite 1

wieder "fleißiger" als nach dem 3. Januar diesen Jahres.

Viele Fragen stellen sich uns hier. Müssen wir als radikale Linke, um der Marginalisierung unserer Positionen zu entkommen, Gewerkschaften als unsere Bündnispartnerinnen begreifen und daher mit ihnen zusammen auf die Straße gehen, wie letztes Jahr am 3. April oder beim Euromayday in Hamburg? Oder betrachten wir auch die wenigen linken Gewerkschafterinnen als Feigenblatt eines Apparates, der besonders kräftig die "Reformen" mitgestaltet? Geht es darum, im Alltag subversive, aber bloß individuelle Aneignungspraxen zu entwickeln und zu verbreitern, indem wir sie anderen vorleben und somit der sozialen Realität ein Schnippchen schlagen? Oder begreifen wir uns als einen Teil der Überflüssigen (überflüssig Gemachten), die konfrontativ, aber rein symbolisch denen auf die Füße treten, die von der Umverteilung von oben nach unten profitieren? Und wie groß darf der Kuchen sein, den wir fordern, immer im Bewusstsein um das Verhältnis von Metropolen und Peripherie, das Nord/Süd- bzw. West/Ost-Armutsgefälle?

Dass die Kapitalinteressen gerade durchsetzungsstärker sind, als jene der Lohnarbeitenden, ist offensichtlich, woher aber kommt die Massivität des Angriffs? Der Hinweis auf Standortlogik und Globalisierung allein kann uns hier nicht genügen, das Einsparpotenzial der ganzen Hartz-Reformen z.B. war schon mit der Abschaffung der Vermögenssteuer wieder aufgebraucht. Wer sind die "Akteure" dieses sozialen Angriffs? Welchen "Sachzwängen" wird hierbei wirklich entsprochen und wer stellt diese auf?

Erinnern wir uns an die Zeit der Demonstrationen gegen den Irak-Krieg: Da sahen wir Linksradikalen uns plötzlich Seit an Seit mit Außenminister Fischers Kosovo-Kriegskabinett gegen den "Oberschurken Bush" vereint Das führte zu Unbehagen und Verunsichening bei Teilen der radikalen Linken, ob man überhaupt an den großen Friedensdemonstrationen teilnehmen sollte. Trotzdem klar war, dass die neuen Friedensapostel der Bundesregierung den Krieg durch Überflugsrechte für die USA unterstützten, blieb das Bild eines "friedlichen alten Europas" gegen die "bombardierenden, imperialistischen USA" wirksam. Ebenso wollen wir nicht in die Verteidigung des Standorts zurückfallen und damit Anknüpfungspunkte für rechtsradikale Parolen wie "Arbeit zuerst für Deutsche" bieten. Im Gegenteil müssen wir Nazis und RechtspopulistInnen jede Möglichkeit nehmen, sich in den nationalen Sozialprotesten oder den Anti-Kriegsdemos verstärkt mit ihren Gesellschaftsmodellen 231 artikulieren. Zu diesem Zwecke bedarf es einer genauen Analyse der Rolle der EU, insbesondere auch in ihrem Verhältnis zu den USA. Und spätestens hier ergeben sich Perspektiven für internationalistische Positionen gegen Sozialabbau, die nicht auf Metropolenchauvinismus hinauslaufen, gegen das neoliberale Globalisierungsprojekt und für einen neuen Antiiimperialismus.....

Bei allem Blick auf die internationalen Bedingungen bleibt es wichtig, die Verhältnisse im eigenen Land anzugehen. Auch in der EU sind die einzelnen Nationalstaaten nach wie vor die wichtigste Entscheidungsebene, und die jeweilige Ausgestaltung der Privatisierung und Abschaffung sozialer Sicherungssysteme ist dann doch im einzelnen unterschiedlich. Für die Bundesrepublik lässt sich derzeit beobachten, wie sich der Staat zunehmend einer sozialen Verantwortung entzieht, zu der er vorher zumindest als Lippenbekenntnis gestanden hat Ein-Euro-Jobs werden zum (gar nicht mal billigeren) Ersatz für die staatliche Finanzierung von Sozialeinrichtungen, die aktivierende Sozialpolitik lässt sich übersetzen als "komm alleine klar", die Grundhaltung der Bürgerinnen zum Staat soll sich verändern. Nebeneffekt (oder Haupteffekt?): Lohndumping in normalen Jobs und schlimmer noch im informellen Sektor. Dies trifft zu allerst diejenigen, die eh schon immer in schlechteren Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren wie Frauen und Migrantinnen, umfasst mittlerweile aber auch ganze Bereiche des ehemaligen Normalarbeitsverhältnisses, wozu sich z.B. rund um das Stichwort "Prekarisierung" Protest organisiert. Hinzu kommt der Ausbau der staatlichen Repressionsapparate nach innen, wie nach außen an den Grenzen der EU. Hier ist Deutschland mit Innenminister Schily und seiner Forderung nach Flüchtlingslagern außerhalb der EU momentan tonangebend. Seien es AntiLager-Touren oder Stop Deportation-Kampagnen, antirassistische Politik muss und wird sich heute unter den Vorzeichen globalisierter, neoliberaler Politiken in die Kämpfe gegen den weltweiten Kapitalismus einordnen -allein schon, um die hiesige Migrationsregulierung sinnvoll bekämpfen zu können. Im Rahmen der Proteste gegen Sozialabbau, Hartz IV, aber auch gegen den Irak-Krieg ginge es wie gesagt auch um die Kritik an Metropolenchauvinismus und den Blick auf die Funktionalitäten der Politik der Bundesregierung für die innerimperialistischen Konkurrenzkämpfe.

Über diese Perspektive wird auch möglich, ausgehend von den eigenen lokalen Kämpfen gegen das neoliberale Projekt, weltweit sich mit allen, die ebenfalls antineoliberale/antikapitalistische Kämpfe führen, gemeinsam zu organisieren - leider zunächst nur im Denken. Dies fängt an damit, die Proteste von Rentnerinnen in Russland z.B. gegen die Kürzungen ihrer Rentenansprüche oder den Widerstand gegen die Privatisierung von Wasser in Indien als Teile der eigenen Kämpfe zu sehen. Wie diese Kämpfe dann jedoch konkret-praktisch zusammenzuführen wären, muss - bis auf in einzelnen Kampagnen - zunächst offen bleiben und wird sich erst mit einer Stärkung der "Bewegung" wirklich als praktische Frage stellen.

Irak: Gegen Imperialismus und Terror!

NO WAR BUT THE CLASSWAR!

„Kapital und Arbeit haben sich nichts mehr zu sagen, sie haben einander nur mit eiserner Umarmung zu packen, und im Endkampf zu entscheiden, wer zu Boden geworfen wird" (Rosa Luxemburg)

Tagtäglich wird der Irak durch Terroranschläge und Gewalttaten erschüttert. Die Zahl der Ermorderten nimmt Woche für Woche zu. Entgegen allen großspurigen Versprechungen brachte die Invasion des Iraks für die Bevölkerung unermessliches Leid und Zerstörung. Die Infrastruktur des Landes ist nahezu vollständig zerstört. Es gibt kein sauberes Wasser, keine funktionierende Kanalisation, kein funktionierendes Gesundheitssystem. Ganze Landstriche und Flüsse sind verschmutzt und durch uranhaltige Kriegswaffen kontaminiert worden. Die Hälfte der Schulen ist durch die Bombardierung zerstört worden. Die Arbeitslosenrate, die schon vor dem Krieg bei dreißig Prozent lag, liegt jetzt bei 60 bis 75% und hat sich damit mehr als verdoppelt.

Auf den Trümmern und Zerstörungen, die die Bombardements der „Koalition der Willigen" hinterlassen haben, gedeiht lediglich die Korruption und eine regelrechte Plünderungsökonomie, in der sich vorwiegend die US-amerikanische Firmen die Filetstücke der irakischen Wirtschaft

Fortsetzung Seite 5

www.trend.infopartisan.net/trd1200/t061200.html

Neoliberalismus und neue Formen der Herrschaft

für die Druckausgabe gekürzte Fassung

von Pierre Bourdieu

....Wenn ich von der europäischen sozialen Bewegung spreche und dazu einlade, sich ihr anzuschließen, so deshalb, weil ich seit langem darunter leide, dass in der europäischen Konstruktion eine solche soziale Bewegung fehlt, die die kritischen Forscher und die Gewerkschaften oder die Verbände miteinander verknüpft. Wir haben ein Europa der Banken und der Bankiers, ein Europa der Unternehmen und der Unternehmer, ein Europa der Polizei und der Polizisten, wir werden bald ein Europa der Armeen und des Militärs haben, doch obwohl es einen europäischen Gewerkschaftsbund gibt, kann man nicht sagen, dass das Europa der Gewerkschaften und der Verbände wirklich existiert...

1. Veränderungen in der Ökonomie und das Unternehmen der Zukunft

....Tatsächlich sind es die Verwalter der großen Institutionen (Pensionsfonds, große Versicherungsgesellschaften und, insbesondere in den USA, Sammelfonds, Währungs- oder Mutual Funds) die heute über das Feld des Finanzkapitals herrschen, auf dem dieses zugleich ein Objekt der Begierde und eine Waffe ist (wie auch gewisse Formen des kulturellen Kapitals, das die spezialisierten Beratungsgremien, die Analysten und Währungshüter mit hoher symbolischer Effizienz mobilisieren können). Sie leiten daraus einen beträchtlichen Druck, sowohl auf die Unternehmen als auch auf die Staaten, ab. Ein Gutteil dessen, was auf diesem Feld passiert, ist gesellschaftlich determiniert, auch wenn man uns glauben machen möchte, dass es sich um eine bloße, das heißt naturhafte ökonomische Notwendigkeit handele, gegen die man nichts ausrichten könne....So hat man etwa feststellen können, dass Gewerkschafter, die, weil sie glaubwürdig sein wollen, bei der Verwaltung der Rentenfonds mitmischen, sich auf dieses Spiel einlassen und zu seinen überzeugtesten Parteigängern werden. Damit ihre Botschaft ankommt, müssen sie sich Gehör verschaffen; um sich Gehör zu verschaffen, vergessen sie und sorgen dafür, dass auch ihre Botschaft vergessen wird. Ein typisches Beispiel symbolischer Herrschaft....

...Das Streben nach kurzfristigem Profit bestimmt sämtliche Entscheidungen in den Unternehmen: die Einstellungspraxis, bei der Flexibilität und Mobilität der Beschäftigten zum obersten Gebot werden (eingestellt wird auf der Basis von Kurzzeit- oder Stundenverträgen); die Vereinzelung des Lohnverhältnisses; das Fehlen jeglicher langfristigen Planung, zumal bei den Arbeitskräften. Angesichts der ständigen Drohung mit einer Verschlankung des Betriebs führen die Beschäftigten ein Leben, in dem Unsicherheit und Ungewissheit die alles beherrschenden Momente sind. Während im vorherigen, Fordismus genannten System der Profit mit Hilfe der Arbeitsproduktivität erzielt wurde, deren Gegenpart die Beschäftigungssicherheit und ein relativ hohes Lohnniveau bildeten, das, indem es die Nachfrage nährte, das Wachstum und den Profit stützte, so maximiert die neue Produktionsweise den Profit, indem sie die Lohnsumme durch den Druck auf die Gehälter und durch Entlassungen reduziert, wobei die Aktionäre sich allein um die Börsenkurse und um die Preisstabilität sorgen.

So hat sich mittlerweile ein Wirtschaftssystem etabliert, welches untrennbar verbunden ist mit einem bestimmten politischen System, eine Produktionsweise, die eine Herrschaftsform impliziert, welche auf der Institutionalisierung der Unsicherheit beruht, der Herrschaft durch Prekarität: Ein deregulierter Finanzmarkt leistet der Deregulierung des Arbeitsmarkts und damit der Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse Vorschub; das wiederum erzwingt die Gefügigkeit der Arbeiter. Die Betriebe werden von einem nach betriebswirtschaftlicher Rationalität verfahrenden Management geführt, das (neben anderen Herrschaftsinstrumenten) die Waffe der Verunsicherung benutzt, um die Beschäftigten in einen Zustand anhaltender existentieller Gefährdung, des körperlichen Stresses und der psychischen Anspannung zu versetzen, und das der Selbstausbeutung den Boden bereitet.

Im Unterschied zu den »traditionell« unsicheren Arbeitsverhältnissen im Dienstleistungsbereich und im Bauhandwerk institutionalisieren die Zukunftsbetriebe diese Unsicherheit als Prinzip der betrieblichen Arbeitsorganisation und als Lebensform für den einzelnen..... Doch der Prototyp des Ungelernten der »neuen Ökonomie« ist zweifellos die Kassiererin im Supermarkt, die durch die Datenverarbeitung der Warenpreise in eine wahre Fließbandarbeiterin verwandelt wird, deren Arbeitsschritte bis ins Kleinste vermessen und kontrolliert werden, und deren Arbeitszeit mit den Kundenströmen fluktuiert; sie hat weder das Leben noch den Lebensstil einer Fabrikarbeiterin, doch sie nimmt in der neuen Struktur eine äquivalente Stellung ein....

...Aber die wesentliche Folge dieser neuen Produktionsweise ist eine dualistische Ökonomie, die große Ähnlichkeit aufweist mit der Ökonomie, die ich in den 60er Jahren in Algerien kennengelernt habe, und die ja auch viele Dritte-Welt-Länder kennzeichnet: auf der einen Seite eine riesige, vom Subproletariat gestellte industrielle Reservearmee, gefangen im Augenblick, ohne Berufsaussichten, ohne Zukunft, ohne einen persönlichen oder kollektiven Lebensplan und daher chiliastischen Phantastereien anheimgegeben (statt auf Revolution zu sinnen); auf der anderen Seite eine kleine privilegierte Minderheit von Arbeitern in festem Arbeitsverhältnis und mit sicherem Einkommen. ....In den reichsten Gesellschaften beruht dieser Dualismus großenteils auf der ungleichen Verteilung des kulturellen Kapitals, das nicht nur weitgehend die Arbeitsteilung bestimmt, sondern auch ein äußerst machtvolles Instrument der Soziodizee ist....Sie ist global, wie diejenigen, die sie beherrschen, international, polyglott und multikulturell sind; sie ist »immateriell«, sie produziert immaterielle Gegenstände, Informationen, Kulturprodukte und bringt sie in Umlauf. Von daher kann sie als eine Ökonomie der Intelligenz erscheinen, die intelligenten Menschen vorbehalten ist...An diesem Punkt nimmt die Soziodizee die Form eines Rassismus der Intelligenz an. ...Und dieser Kreis schließt sich am Ende, wenn die Ökonomie von der Mathematik eine ganz und gar unanfechtbare, epistemokratische Rechtfertigung der herrschenden Gesellschaftsordnung verlangt....

2. Der Wandel des Staates und die Verwaltung des Elends

Der Neoliberalismus zielt auf die Zerstörung des Sozialstaats, der linken Hand des Staates. Am augenfälligsten ist dies im Gesundheitswesen, das von der neoliberalen Politik gleich von zwei Seiten angegriffen wird: Zum einen erhöht sich die Zahl der Kranken und der Krankheiten (vgl. etwa den Zusammenhang zwischen Armut – die zu den strukturellen Ursachen zählt – und Krankheit: Aids, Tuberkulose, Alkoholismus, Drogenabhängigkeit, Delinquenz, Arbeitsunfälle), und zum anderen werden die medizinischen Ressourcen, die Möglichkeiten ihrer Behandlung, eingeschränkt...

...Der Verfall des Sozialstaats geht einher mit einer Fortentwicklung des staatlichen Strafpotentials. Diese in den Vereinigten Staaten, wie Loïc Wacquant gezeigt hat, überaus markante Tendenz ist in Europa noch relativ unausgebildet. Insbesondere auch deswegen, weil sich der Sozialstaat, wenn auch in der mehr oder weniger fiktiven Gestalt, wie ich sie beschrieben habe, erhalten konnte..... Wie man schon an dem Kult sehen kann, der mit dem Begriff »Projekt« getrieben wird, haben die Intellektuellen bei der Verwaltung des Elends und der Erfindung von Instrumenten zu seiner Beschwichtigung eine enorm wichtige Rolle übernommen. Und das liegt ohne Zweifel daran, dass die neue Herrschaftsform großenteils auf Glaubenshaltungen beruht....

3. Die Politik neu erfinden

...Die europäische soziale Bewegung, die wir gründen wollen, hat eine Utopie zu ihrem Zweck erklärt, nämlich ein Europa, in dem alle kritischen sozialen Kräfte, die heute noch sehr vielgestaltig und zersplittert daherkommen, hinreichend vereint und organisiert wären, um eine einheitliche Kraft kritischer Bewegung zu bilden. .... Es geht also vor allem darum, ein kohärentes Ganzes von Alternativvorschlägen vorzustellen, die von Wissenschaftlern und Akteuren gemeinsam erarbeitet werden (dabei ist jede Instrumentalisierung der ersteren durch letztere und umgekehrt zu vermeiden) und die eine Vereinheitlichung der sozialen Bewegung dadurch in Gang bringen können, dass die Divergenzen zwischen den nationalen Traditionen und innerhalb der jeweiligen Nationen, die Divergenzen zwischen den Berufsgruppen (zumal zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen), zwischen den Geschlechtern, den Generationen, den ethnischen Gruppen (Migranten und Einheimischen) aufgehoben werden. Dies geht nur um den Preis einer umfangreichen kollektiven Arbeit organisatorischer Erfindungskraft, die notwendig ist, um die kritischen, theoretischen wie praktischen, Aktivitäten aller sozialen Bewegungen zu koordinieren, die darauf hinwirken, die Mängel des entpolitisierenden Denkens und Handelns der mit dem Regieren betrauten Sozialdemokratie zu beseitigen....

Lesetipp

www.trend.infopartisan.net/trd0201/t300201.html

Nekropolis der Gegenwart

Über das Verschwinden der bürgerlichen Gesellschaft im Spätkapitalismus

von Marcus Hawel

NO WAR BUT THE CLASSWAR!

Fortsetzung von Seite 3

unter den Nagel reißen. Vor diesem Hintergrund stellen die „freien" Wahlen Anfang des Jahres und das Verfassungsreferendum eine Farce dar. Während die Machteliten in den kurdischen und schiitischen Regionen dazu gebracht wurden mit der Besatzungsmacht zu kooperieren oder auf Zeit zu spielen, haben sich bedeutende Kräfte der sunnitischen Bourgeoisie für den entgegen gesetzten Weg entscheiden. Aufgrund ihrer Konfrontationspolitik gegenüber dem Besatzungsregime, die sich in den Anschlägen diverser, oftmals rivalisierender nationalistischer und islamistischer Gruppen niederschlägt, werden diese Kräfte von vielen politischen Beobachtern als Rückrat des „Widerstands" gegen die USA wahrgenommen und zuweilen auch glorifiziert.

Krise und Krieg

Der Krieg gegen den Irak war lediglich eine Episode in einem größeren Vorstoß des US-Imperialismus zur Zementierung seines Hegemonialanspruchs in der durch den Zusammenbruch des Ostblocks entstandenen neuen Weltordnung. Die USA beanspruchen die Kontrolle über die ganze ölproduzierende Region vom mittleren Osten über das Rote bis zum Kaspische Meer. In diesem „great game", waren die Kriege gegen Afghanistan und den Irak nur Etappen.

Die Drohungen gegen Syrien und den Iran zeigen, dass die nächsten Kriege in Vorbereitung begriffen sind. Auch wenn die USA ihre Beweggründe hinter der Propagandafloskel des „Kriegs gegen den Terror" zu tarnen versuchen, ist es offenkundig, dass es ihnen darum geht den Einfluss ihrer Rivalen, der EU, China und Russland einzudämmen. Die USA sehen insbesondere im Euro eine bedeutende drohende Gefahr, weil er als Währungsreserve in Südostasien, Russland und Südamerika einfließt und so die Stellung des Dollar als Leitwährung im Ölgeschäft und anderen Wirtschaftszweigen bedroht. Die Sicherung der Ölvorkommen für die nächsten zwei Jahrzehnte, die Kontrolle über den Ölpreis und die damit verbundene Abstützung des Dollars als Leitwährung des Welthandels sind von daher zentrale strategische Zielsetzungen. Die militärischen Interventionen im Mittleren Osten bergen jedoch auch die Gefahr, wachsender Instabilität, was die wirtschaftliche Position der USA in kürzester Zeit weiter verschlechtern könnte. Das Chaos im Irak kann schnell zu einer Stärkung zentrifugaler Tendenzen führen, wenn die lokalen Bourgeoisien in Kurdistan oder im schiitischen Süden versuchen eigene Staatsgebilde zu errichten. Dies hätte fatale Konsequenzen und würde die Türkei, den Iran und Saudiarabien noch stärker in den Konflikt hineinziehen.

Klassenkampf

Trotz des Zusammenbruchs der sozialen Infrastruktur und massiver Arbeitslosigkeit spielt sich der Klassenkampf im Irak auf hohem Niveau ab. Das Regime reagierte auf die in vielen Landesteilen spontan ausgebrochenen Streiks, indem es den Gewerkschaftsdachverband IFTU im Januar 2004 legalisierte. Der IFTU erhielt die Genehmigung sich zu organisieren, bekam in Bagdad Büros zugesprochen und konnte sich den Nachlass und die Mitgliederlisten des alten Gewerkschaftsbundes sichern. Politisch wird der IFTU maßgeblich von der stalinistischen Irakischen „Kommunistischen" Partei dominiert, die sich nicht zu schade ist das Allawi-Regime zu unterstützen und sogar ein Mitglied im Kabinett stellt. Nach eigenen Angaben besteht der IFTU aus 12 Einzelgewerkschaften mit rund 200 000 Mitgliedern. Der ihr vom Regime zugedachten Rolle kommt die IFTU bereitwillig nach: Während eines Streiks in der petrochemischen Industrie in Bagdad drohte die IFTU den Streikenden mit Entlassung und sogar mit Knast und bezog sich dabei auf eine gesetzliche Verfügung des Allawi-Regimes, die Streiks für illegal erklärt hatte. Die Arbeiter wurden unter Druck gesetzt, der IFTU beizutreten. Fortan wurden die Mitgliedsbeiträge für die IFTU durch das Management direkt vom Lohn abgezogen. Dennoch kamen vor allem in der Ölindustrie, der Stromerzeugung, der Textilindustrie und im Dienstleistungsbereich Streiks und Protestaktionen außerhalb der Kontrolle der IFTU ins Rollen, die sich zu einem gewissen Grad auch landesweit verallgemeinern konnten. Im Wesentlichen entzünden sich diese Kämpfe an Forderungen nach mehr Lohn, Abschaffung von Überstunden, Versammlungsfreiheit und einem Ende der Unternehmerwillkür.

Das Regime begegnet diesen Kämpfen zuweilen mit scharfer Repression. Es ist keine Seltenheit, dass Besatzungstruppen auf Demonstrationen und Streikversammlungen das Feuer eröffnen. Doch nicht nur das Regime und die Besatzungstruppen gehen gegen die Arbeiterbewegung vor: Auch und gerade auf das Konto des sog. „Widerstands" islamistischer und nationalistischer Gruppen gehen zahllose Entführungen und Morde an Arbeiteraktivisten.

Welcher Widerstand?

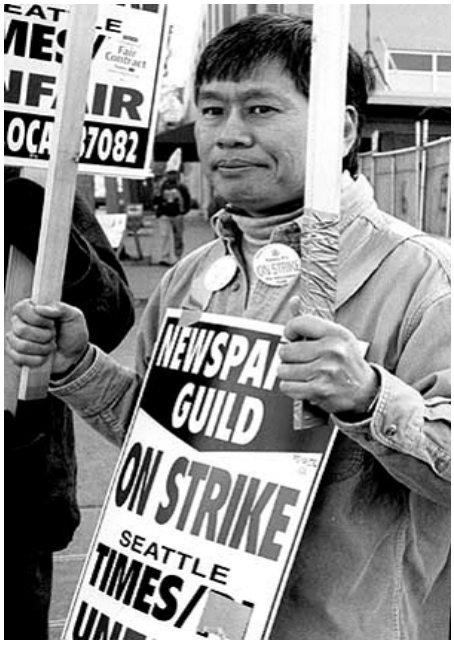
Von den meisten Gruppierungen der europäischen Linken wird der reaktionäre arbeiterfeindliche Charakter des sog. „Widerstandes" kategorisch ausgeblendet. Stattdessen herrscht die Tendenz vor, ihm unter der hohlen Phrase des „nationalen Selbstbestimmungsrechts" einen antiimperialistischen Charakter anzudichten. Das politische Standartargument dieser Gruppen lautet, dass die Arbeiterklasse Seite an Seite mit der nationalen Bourgeoisie bzw. den politischen Kräften des sog. „Widerstandes" kämpfen sollte, egal wie rückwärtsgewandt und reaktionär diese auch immer seien. Zuerst einmal müsste eben der größere Feind, der US-Imperialismus, aus dem Land geworfen werden. Wenn die USA hinausgeworfen, die „nationale Souveränität" erreicht, bzw. der „Widerstand" gesiegt habe, - so ihr Argument - ja, dann wäre gegen die „Fortführung" des Klassenkampfes vor Ort nichts mehr einzuwenden. Als ob der Feind unseres Feindes notweniger weise unser Freund sein müsste! Die Orientierung auf extrabreite „Klassenbündnisse", die derartigen Etappentheorien zugrunde liegen, hatte und hat stets katastrophale Folgen: Mit ihrer Strategie" der „Verknüpfung nationaler und sozialer Aufgaben" manövrierte die Führung der stalinistischen irakischen KP ihre Basis von einem Massaker ins nächste. 1979 wurden die Illusionen vieler iranischer Linker, die in den Mullahs ein kleineres Übel oder sogar „einen antiimperialistischen Bündnispartner" sahen, grausam ad absurdum geführt. Blutige Repression gegen die Arbeiterbewegung und die Linke und islamistischer Tugendterror waren die Folge.

Das Proletariat hat kein Vaterland!

Antiimperialistisch zu handeln bedeutet gegen das gesamte System in all seinen Ausformungen vorzugehen. Der Kampf gegen den Kapitalismus setzt es geradezu voraus voll und ganz mit der bürgerlichen Klasse wie mit dem bürgerlichen Politikverständnis zu brechen. Für die übergroße Mehrheit der Weltbevölkerung, die zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes gezwungen ist, ihre Arbeitskraft unter immer mieseren Bedingungen zu Markte zu tragen, gibt es weder „nationale Lösungen", noch bürgerliche Bündnispartner! Das allein kann die Grundlage für einen wirklichen Internationalismus der Ausgebeuteten und Unterdrückten sein. Zur Verteidigung unmittelbarer Lebensinteressen ist es notwendig, dass die Lohnabhängigen im Irak wie auch anderswo ihre Kämpfe unabhängig von, bzw. gegen alle Fraktionen der herrschenden Klasse führen und grenzüberschreitend vereinheitlichen. Nur mit dieser Perspektive wird es möglich sein, den kapitalistischen Zyklus von Krise und Krieg zu durchbrechen.

Für die staaten- und klassenlose Gesellschaft!

Der Artikel wurde von der **Gruppe Internationaler SozialistInnen** im Oktober 2005 verfaßt und für die Printausgabe zur Verfügung gestellt. Online erscheint der Artikel in der Nr.11.



www.trend.infopartisan.net/trd0705/t090705.html

Der Neue Imperialismus

von Eric Hobsbawm

Drei Kontinuitäten verbinden die USA des Kalten Krieges mit jener welche seit 2001 versucht ihre Vormachtstellung in der Welt geltend zu machen. Die erste ist ihre internationale Dominanz außerhalb der Einflußsphäre der kommunistischen Länder zur Zeit des Kalten Krieges, und weltweit seit dem Zusammenbruch der UdSSR. Diese Hegemonie basiert heute nicht mehr auf der schieren Größe der US-Wirtschaft. Groß wie sie ist, hat sie doch seit 1945 relativ abgenommen, und dieser relative Abstieg geht weiter. Sie ist nicht länger der Gigant der globalen Industrieproduktion. Das Zentrum der industrialisierten Welt verschiebt sich rapide in die östliche Hälfte Asiens. Anders als ältere imperialistische Länder, und anders als die meisten übrigen entwickelten Länder, hat die USA damit aufgehört ein Nettoexporteur von Kapital zu sein; sie hat sogar damit aufgehört der größte Akteur beim internationalen Spiel des Kaufens und Gründens von Firmen in anderen Ländern zu sein, und die finanzielle Stärke des Staates basiert auf der anhaltenden Bereitschaft anderer Länder, hauptsächlicher asiatischer, ein sonst unhaltbares Defizit aufrechtzuhalten.

Der Einfluß der amerikanischen Wirtschaft basiert heute hauptsächlich auf ihrem Erbe aus der Zeit des Kalten Krieges: von der Rolle des US-Dollars als Weltwährung, der internationalen Vernetzungen von US-Firmen, welche während dieser Zeit eingerichtet worden sind (besonders die Militärindustrien [im O.: defence]) und den Umgestaltungen der internationalen Wirtschaftstransaktionen und Geschäftspraktiken gemäß amerikanischer Richtlinien, oft unter der Aufsicht von amerikanischen Firmen. Das sind Besitzungen welche viel Macht verleihen, und die sich wahrscheinlich nur langsam vermindern werden. Andererseits basierte der enorme politische Einfluß der USA auf andere Länder, wie der Irakkrieg gezeigt hat, auf einer echten „Koalition der Willigen" gegen die UdSSR und hat seit dem Fall der Berliner Mauer kein ähnliches Fundament mehr. Nur die enorme militärisch-technologische Macht der USA ist konkurrenzlos. Durch diese ist die USA heute die einzige Macht welche dazu fähig ist auf kurzfristige Entscheidung hin an jedem Ort der Welt militärisch zu intervenieren, und sie hat zweimal ihre Fähigkeit gezeigt kleine Kriege sehr rasch gewinnen zu können. Und dennoch ist, wie der Irakkrieg zeigt, nicht einmal diese unvergleichliche Zerstörungskapazität ausreichend, um die tatsächliche Kontrolle über ein sich wehrendes Land zu gewinnen, und viel weniger, über die Welt. Dennoch ist die Vorherrschaft der USA echt, und der Zusammenbruch der UdSSR hat diese global gemacht.

Das zweite Element der Kontinuität ist der besondere Hausstil des US-Imperiums, der anstatt formaler Kolonien immer Satellitenstaaten oder Protektorate bevorzugt hat. Der Expansionismus welcher im Namen steckt den die 13 unabhängigen Kolonien der Ostküste des Atlantiks sich gaben (Vereinigte Staaten von Amerika) war kontinental, nicht kolonial. Der spätere Expansionismus gemäß der „manifest destiny" [,also ihrer „offenkundigen Bestimmung" dazu,] war sowohl hemisphärisch, als auch nach Ostasien ausgerichtet, und war der global dominierenden Handels- und Seemacht des Britischen Imperiums nachempfunden. Man könnte sogar sagen, daß die USA mit ihrer Zielsetzung der totalen Vorherrschaft über die westliche Hemisphäre zu ambitiös war, um sich auf die koloniale Verwaltung von Teilen dieser zu beschränken.

Das amerikanische Imperium bestand dementsprechend aus technisch gesehen unabhängigen Staaten, die auf Washington hörten; aber wegen deren Unabhängigkeit bedurfte es immer der Bereitschaft Druck auf ihre Regierungen auszuüben, auch Druck zum „Regimewechsel" und, wo gangbar (wie in den Minirepubliken der Karibikzone), periodischer militärischer US-Interventionen.

Die dritte Kontinuität verbindet die Neokonservativen George Bushs mit der Überzeugung der puritanischen KolonistInnen, Gottes Werkzeug auf Erden zu sein, und mit ihrer Amerikanischen Revolution – welche, wie alle großen Revolutionen, weltweite missionarische Bestrebungen entwickelte, die nur durch den Wunsch begrenzt worden sind, die neue Gesellschaft der potentiellen universellen Freiheit von der Korruption der unveränderten alten Welt abzuschirmen. Der effektivste Weg um innerhalb dieses Konflikts von Isolationismus und Globalismus zu manövrieren sollte im 20. Jahrhundert systematisch ausgenutzt werden, und leistet Washington auch im 21. Jahrhundert noch gute Dienste. Es galt einen äußeren Feind zu entdekken, welcher eine akute tödliche Gefahr für den American Way of Life und die US-BürgerInnen darstellt. Das Ende der UdSSR entfernte diesen offensichtlichen Kandidaten, aber mit den frühen 90ern wurde mit einem „Zusammenstoßen" von westlichen und anderen Kulturen, hauptsächlich der islamischen, welche erstere nicht akzeptieren wollten, gefunden. Deswegen wurde das enorme politische Potential der Gräueltaten al-Kaidas am 11. September von den Weltherrschern in Washington sofort erkannt und ausgenutzt.

Der Erste Weltkrieg, welcher die USA zu einer globalen Macht emporhob, sah den ersten Versuch diese weltumbauenden Visionen in die Realität umzusetzen, aber Woodrow Wilsons Versagen war spektakulär; möglicherweise sollte es eine Lektion für die derzeitigen IdeologInnen der Weltvorherrschaft in Washington sein, welche, ganz richtig, in Wilson einen ihrer Vorgänger sehen. Bis zum Ende des Kalten Krieges legte die Existenz einer anderen Supermacht ihnen Grenzen auf, aber der Fall der UdSSR entfernte diese. Francis Fukuyama verkündete vorfrüh „das Ende der Geschichte" – der universelle und permanente Triumph der US-Version einer kapitalistischen Gesellschaft. Gleichzeitig spornte die militärische Übermacht der USA einen Staat an der mächtig genug war um sich selbst für fähig zu halten die Welt zu beherrschen, wie es das Britische Imperium zu seiner Zeit nie getan hat. Und tatsächlich hatten die USA, als das 21. Jahrhundert begann, mit ihrer globalen Macht und ihrem Einfluß eine historisch einzigartige Stellung. Heute ist sie, wenn man den traditionellen Kriterien der internationalen Politik folgt, die einzige Großmacht; und sicherlich die einzige, deren Macht und Interessen den ganzen Erdball bedecken. Sie thront über allen anderen. Alle großen Mächte und Imperien der Geschichte wußten, daß sie nicht alleine waren, und daß niemand in einer Position ist um echte globale Herrschaft zu erlangen. Keine glaubte an ihre eigene Unverwundbarkeit.

Und dennoch erklärt dies nicht vollständig den offensichtlichen Größenwahn der US-Politik seit eine Gruppe von Washington-Insidern beschlossen hatte, daß der 11. September ihnen die ideale Möglichkeit dafür gäbe zu verkünden, daß die USA die Welt ohne fremde Hilfe beherrschen werde. Zum einen mangelte es diesen an Unterstützung durch die traditionellen Säulen des US-Imperiums seit 1945, dem State Department, dem Militär, den Geheimdiensten und der Staatsmänner und Ideologen aus der Zeit des Kalten Krieges und der damaligen Vormachstellung der USA– Männer wie Kissinger und Brzezinski. Diese Leute waren genauso rücksichtslos wie die Rumsfelds und Wolfowitzs. (Es war zu ihrer Zeit, als in den 80ern in Guatemala ein Genozid an den Mayas stattfand). Diese Männer hatten für zwei Generationen eine Politik der imperialen Hegemonie über den Großteil des Globus entwickelt und verwaltet, und waren nur zu bereit dazu, diese auf die ganze Erde auszuweiten. Sie waren und sind den Pentagonplanern und neokonservativen Weltvorherrschaftlern gegenüber kritisch, da diese offensichtlich überhaupt keine konkreten Ideen haben, außer eben, daß sie durch militärische Übermacht ihre Vorherrschaft ohne Hilfe anderer aufzwingen wollen, und nebenbei die ganze angehäufte Erfahrung der US-Diplomatie und der militärischen Planung über Bord werfen. Das Debakel im Irak wird sie in ihrer Skepsis zweifellos bekräftigen.

Sogar jene welche nicht die Ansichten der alten Generäle und Prokonsule des US-Weltimperiums teilen (welche sowohl von Regierungen der Demokraten als auch der Republikaner stammten) werden zustimmen, daß es keine rationale Rechtfertigung der derzeitigen Politik Washingtons geben kann, was die imperialen Interessen Amerikas betrifft, oder auch die Interessen des US-Kapitalismus.

Es könnte sein, daß dies nur mit Kalkulationen welche auf die amerikanische Innenpolitik abgestimmt sind, was Wahlen oder anderes betrifft, Sinn macht. Es könnte sein, daß dies die – man kann nur hoffen kurzlebige – Kolonialisierung der Macht in Washington durch eine Gruppe von quasi-revolutionären Doktrinen ist. (Zumindest ein enthusiastischer ex-marxistischer Unterstützer Bushs hat mir nur halb im Scherz gesagt: „Schließlich ist dies die einzige Chance einer Weltrevolution welche mir über den Weg zu laufen scheint.") Solche Fragen können noch nicht beantwortet werden. Es ist ziemlich sicher, daß ihr Projekt scheitern wird. Aber während es weitergeht wird es die Welt für jene welche direkt einer militärischen Besatzung der USA ausgesetzt sind unerträglich machen, und zu einem unsicheren Ort für den Rest von uns.

Weitere Texte zum Thema

Imperialismus oder Empires
www.trend.infopartisan.net/trd0902/450902.html

Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus?
www.trend.infopartisan.net/trd0200/t060200.html

Gibt es heute einen europäischen Imperialismus?
www.trend.infopartisan.net/trd0405/t150405.html

Der Imperialismus ist umgezogen
www.trend.infopartisan.net/trd0401/t150401.html

Das Gesicht des Neo-Imperialismus

Eine Auswahl aktueller Artikel

http://www.trend.infopartisan.net/trd1204/t361204.html

Domino im Kaukasus - "Filetstücke" auf dem "eurasischen Schachbrett"

Im Kern geht es um die Neuordnung der globalen Kräfteverhältnisse nach der Auflösung der früheren bi- (genauer tri-) polaren Ordnung, also einer Ordnung, in der eine erste ("freie") und eine zweite ("nicht freie", nämlich kommunistische) Welt sich die Herrschaft über eine dritte, die Welt der ehemaligen Kolonien, teilten.

www.trend.infopartisan.net/trd0705/t320705.html

Die Militarisierung des Weltraums durch die USA und Japans Teilhabe daran

Weltraumtechnologie wird aus zwei Gründen entwickelt: Der eine ist es Staaten die Möglichkeit zu geben ihre Kriegsführung auf der Erde besser zu koordinieren. Der zweite ist, daß viele Staaten und Konzerne den Weltraum als die „Neue Welt" betrachten. Auf Asteroiden findet man Gold, auf dem Mond Helium-3 und auf dem Mars vermutet man Magnesium, Kobalt und Uranium. Konzerne planen sich an diese planetaren Körper heranzuwagen, um in zukünftigen Jahren durch sie massive Gewinne zu erwirtschaften.

www.trend.infopartisan.net/trd1204/t351204.html

Das Battlegroup-Konzept

Die NATO schafft sich mit der NATO Response Force (NRF) eine besonders schnelle Eingreiftruppe. Die Europäische Union (EU) soll ähnliches erhalten – sogenannte Battlegroups. Geplant sind bis zu 13 besonders schnell verlegbare Eingreifgruppen von jeweils rund 1.500 Soldaten. Dies entspricht einem Battalion mit zugeordneten Kampf- und Unterstützungstruppen. Jede dieser Gruppen soll binnen 5-10 Tagen verlegt und vorort eingesetzt werden können.

www.trend.infopartisan.net/trd1104/t111104.html

Der Preis der Reformen

Seit Ende der 1970er Jahre und verstärkt seit 1989 setzt Chinas Staat auf radikale Marktorientierung und Eingliederung in die Weltwirtschaft. Infolge des Reformprozesses, der vorläufig in Chinas WTO-Mitgliedschaft gipfelt, wurde der Neoliberalismus zum hegemonialen Diskurs in China.

www.trend.infopartisan.net/trd0305/t200305.html

Was das alles kostet ...

Die Bundeswehr plant diverse Neuanschaffungen: Eurofighter als Ersatz für veraltete Kampfflugzeuge, den Airbus A400M für den schnellen weltweiten Transport, Korvetten als Alternative zu schwerfälligeren Fregatten und für den Beschuss von Landzielen, Kampfund neue Transporthubschrauber und die kampfstärksten konventionellen U-Boote sollen für die Bundeswehr gebaut werden. Sie will sich sogar weltumspannende Aulklärungssatelliten leisten.

www.trend.infopartisan.net/trd0305/t360305.html

Einige Gründe für die Interessen der USA an Lateinamerika

Wenn im Rahmen des Freihandelsvertrages (TLC) die Themen, die mit dem Zugang zu Märkten, Staatskäufen und anderen aus dem Handelsbereich zu tun haben, für die produktive Sphäre verderblich sind, das ernsteste Problem ist der Anspruch der transnationalen Unternehmen, sich der Umweltressourcen, des kulturellen Erbes und der strategischen Ressourcen der Nation zu bemächtigen. Dieser Prozeß ist zugleich von militärischen Aktionen zur territorialen und sozialen Kontrolle begleitet.

www.trend.infopartisan.net/trd1104/t081104.html

Die Kriegs AG

Verstärkt organisieren nichtstaatliche Agenturen die Vorbereitung, Durchführung und Nachsorge weltweiter Militäreinsätze. Im Irak bilden 15. 000 Privatsoldaten die drittgrößte Besatzungsarmee hinter den US-Amerikanern und den Briten. 20 Mrd. Dollar, ein Drittel der Operationskosten der US-Army in Afghanistan und im Irak, werden für Verträge mit privaten Sicherheitsfirmen ausgegeben.

www.trend.infopartisan.net/trd0804/040804.html

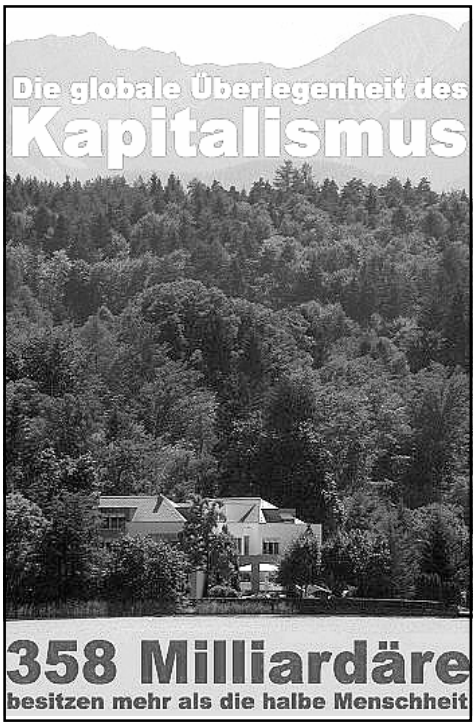
Worum geht es in Zentralasien?

Als entscheidendes Problem erscheint vielmehr die Tatsache, dass die USA sowie die Europäische Union aus geostrategischen Gründen auf der territorialen Integrität Georgiens bestehen und deswegen eine Abspaltung der abtrünnigen Gebiete Südossetien und Abchasien nicht hinnehmen können, während Russland aus eben denselben Gründen - nur mit umgekehrtem Vorzeichen- die südossetischen und abchasischen Aufständischen unterstützt, um den westlichen Einfluss in Georgien zurückzudrängen.

www.trend.infopartisan.net/trd0705/t310705.html

Zensur in den USA

Von der willkürlichen Verhaftung der EinwohnerInnen ohne formelle Anschuldigung, der Verfolgung von MigrantInnen, juristischen Prozeßen ohne Rechtsgarantien und Datenschutz und der Nichtauschließbarkeit einer "undefinierten" Verhaftung ohne Verhandlung, bis zur heftigsten "Hexenjagd", zeigt das gegenwärtige politische und soziale Panorama Nordamerikas dominiert.



Postkartenmotiv von www.arbeiterfotografie.com

http://www.trend.infopartisan.net/links/kiosk.html

Kiosk für die Linke

TREND ist Teil der Gegenöffentlichkeit im Internet und strömungsübergreifend mit anderen Projekten vernetzt. Wir empfehlen von den rund 180 Kiosk-Links:

Avanti
www.avanti-projekt.de

B.O.N.E.
www.bone-net.de

CL-Netz
www.kommunikationssystem.de/foren

Der Rechte Rand
www.der-rechte-rand.de

Gegeninformationsbüro
www.gegeninformationsbuero.de

Grundrisse
www.unet.univie.ac.at/~a9709070/

Gruppe Intern. SozialistInnen
www.gis.de.vu

Human Rights Server
http://social.humanrights.de

Internationale KommunistInnen
www.interkomm.tk

Klassenlos.tk
www.klassenlos.tk

Labournet (BRD)
www.labournet.de

Labournet (Österreich)
www.labournetaustria.at

MarX-LeseKreiS
http://www.mxks.de/

Sozialistisches Archiv für Belletristik
www.nemesisarchiv.de.vu

Sozialistische Positionen
www.sopos.org

Sozialistische Studienvereinigung
http://sozialistische-studienvereinigung.frankfurt.org

Klassenkämpfe weltweit

Fortsetzung von Seite 2

www.trend.infopartisan.net/trd1004/t101004.html

Spanien: Aufstand der Werftarbeiter geht weiter

Tausende spanische Werftarbeiter blockieren Bahnstrecken und Straßen, immer wieder gibt es besonders in der letzten Woche heftige Zusammenstöße mit Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei. Hintergrund ist der Kampf gegen die Privatisierung des staatlichen Konzerns Izar, welche Teil der neoliberalen Politik ist, die seit einiger Zeit überall in Europa und seit einem Jahr auch in Deutschland Massenproteste und Streiks provoziert.

www.trend.infopartisan.net/trd1005/t251005.html

Die Jobs von heute sind die McJobs von morgen...

Prekär Beschäftigte sind oft Arbeitgeberwillkür ausgesetzt. So gibt es zum Beispiel bei den bundesweit 2.600 Lidl-Filialen nur in acht Filialen einen Betriebsrat. Die Bosse fühlen sich sicherer und sind brutaler als bei Stammbelegschaften, die sich kennen, zusammenhalten und eher Gewerkschafter sind. Frauen, die durch ihre Situation ohnehin schon benachteiligt sind, sind noch leichter erpressbar. Wie können wir uns dagegen wehren?

www.trend.infopartisan.net/trd1005/t361005.html

»Nicht mehr in der Sesamstraße«

Bei den Zustelldiensten kann von Krise keine Rede sein. Das Ende des Postmonopols wird von vielen gefeiert, private Logistiker boomen. Doch sehen sich Mitarbeiter zuweilen in die Sklaverei zurück- versetzt.

www.trend.infopartisan.net/trd0505/t250505.html

Israel: Die Demontage der Histadrut

Das Dahinschwinden der Histadrut gibt dem Kapital freie Hand und lässt die Arbeiter als leichtes Opfer der Ausbeutung zurück. Andererseits eröffnet der Niedergang einer Organisation, die einmal die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen monopolisiert hatte, eine Entwicklungschance für andere Organisationen. Zum ersten Mal sind Bedingungen für das Heranwachsen einer Alternative entstanden.

www.trend.infopartisan.net/trd0505/t310505.html

Marokko : Gewerkschaftlicher Erfolg gegen Repression

Die Gewerkschafter des Bergwerks von Imini waren am 15. April 2004 durch ein Rollkommando von bezahlten Schlägern und Streikbrechern angegriffen worden. Am Rande des Geschehens kam, unter völlig ungeklärten Umständen, eines der Mitglieder des Schlägertrupps ums Leben. Daraus war ein Totschlagsvorwurf an die Adresse der attackieren Gewerkschafter gebastelt worden.

www.trend.infopartisan.net/trd0405/t220405.html

Rumänien: Streik im Michelin-Werk Silvana Zalau

Am 07. Februar 2005 traten die Arbeiter des Michelin-Werkes Silvana in Zalau im Nordosten Rumäniens in einen unbefristeten Streik. Sie griffen zu dieser Maßnahme, nachdem ihre Forderungen nach 30 Prozent mehr Lohn auch nach einem Warnstreik Ende Januar von der Geschäftsführung weiter ignoriert wurden.

www.trend.infopartisan.net/trd0405/t080405.html

Arbeiter aus Ost- und Westeuropa demonstrieren für ein "soziales" Europa

Am 19.3.2005 demonstrierten 60.000 Menschen aus ganz Europa in der belgischen Hauptstadt Brüssel gegen Sozialabbau. Vor allem Gewerkschaftsmitglieder aus zahlreichen europäischen Ländern folgten dem Aufruf des europäischen Gewerkschaftsbund unter dem Motto "Mehr und bessere Arbeitsplätze, Verteidigt ein soziales Europa, Stop Bolkestein".

www.trend.infopartisan.net/trd0305/t150305.html

Kanada/USA: „Wir wollen Respekt"

Die kanadische Gewerkschaft UFCW hat höhere Löhne für Wal-Mart-Arbeiter erkämpft. Jetzt will der Konzern die Filiale schließen.

www.trend.infopartisan.net/trd0305/t130305.html

BRD: Erfolgreicher Kampf gegen die Liberalisierung der Hafenarbeit

Im Kampf der europäischen Hafenarbeiter gegen die Deregulierungspolitik der EU-Kommission sahen viele Teilnehmer der 6.Konferenz der Gewerkschaftslinken Mitte Januar in Stuttgart ein mögliches Vorbild für eine konsequente und erfolgreiche gewerkschaftliche Interessenpolitik.

www.trend.infopartisan.net/trd0405/t090405.html

Argentinien: Gefängnisbrief der Arbeiter von Caleta Olivia

„In einer Woche sind es 6 Monate, dass wir im Gefängnis sind. Warum das alles überhaupt? Weil wir gegen die kapitalistischen Imperialismus kämpfen."

www.trend.infopartisan.net/trd0504/t190504.html

Italien: Ein regnerischer heißer Mai

Der Kampf gegen die Entlassungen bei der Alitalia war so gesehen »klassischer«, aber vor diesem Hintergrund nicht weniger interessant: Straßensperren, wilde Streiks, Druck von unten auf institutionelle Gewerkschaften, zunehmende Verwurzelung der Alternativgewerkschaften haben sich miteinander verflochten.

www.trend.infopartisan.net/trd0205/t110205.html

Irak: Gewerkschaftlicher Widerstand

Die Föderation der Arbeiterräte und Gewerkschaften im Irak wurde im Dezember 2003 gegründet. Sie schließt solche Gewerkschaften und Arbeiterräte zusammen, die nach dem Grundsatz der Selbstorganisation arbeiten.

Impressum:
V.i.S.P. K. Mueller (red. trend)
c/o schwarze risse
Gneisenaustr. 2a
10963 Berlin

Der TREND wird gehostet bei www.infopartisan.net

Eigendruck im Selbstverlag

INFO PARTISAN
Portalseite für linke Politik